

Information für Pensionierte Mai 2026

Sektor Logistik und syndicom allgemein.

Der Bundesrat bestätigt, dass Lieferdienste für Mahlzeiten grundsätzlich nicht dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Gastgewerbe unterliegen. Der Antrag auf Ausweitung des GAV-Zustellung wurde nach den letzten vom SECO geforderten Überarbeitungen eingereicht.

In den nächsten Tagen erwartet syndicom die Publikation des Gesuchs um Allgemeinverbindlicherklärung des GAV-Zustellung. Dies ist ein entscheidender Schritt. Wenn der Bundesrat den Vertrag darauf als verbindlich erklären kann, werden die Arbeitsbedingungen in der gesamten Branche nachhaltig verbessert, insbesondere dank systematischen Kontrollen.

Die Einsprachefrist ist abgelaufen. Aktuell sind einige Beschwerden eingegangen.

Die Lohnverhandlungen bei der Post konnten mit folgenden Ergebnissen abgeschlossen werden: PostAuto mit einer Erhöhung der Lohnsumme um 0,9 Prozent, PostFinance mit einer Erhöhung der Lohnsumme um 1,0 Prozent, plus Fr. 500.- Einmalzahlung sowie bei IMS mit einer Erhöhung der Lohnsumme um 0,8 Prozent.

Bei PostLogistic Zustellung findet in Genf bei der Briefzustellung ein Versuch statt. Aushilfen sollen die Tour vorbereiten und die Zustellenden nur noch zustellen. Der Versuch kommt bei den Betroffenen Zustellenden gar nicht gut an. Scheint wiederum eine Idee von Personen zu sein welche keine Ahnung vom Betrieb haben.

Für die Gewerkschaft syndicom ist massiv störend, dass die Post tatsächlich in der Lage war, eine Dividende in dreistelliger Millionenhöhe an die Eignerin zu überweisen. Hier wären Zurückhaltung und mehr Fingerspitzengefühl angebracht gewesen. Dieser positiven Jahresbilanz liegen viele menschliche Schicksale und der Abbau hochwertiger Arbeitsplätze zugrunde: Sei es die Entlassungen der Angestellten der Notime AG oder der PostFinance AG, die Auslagerung von Arbeitsplätzen in der Informatik nach Portugal oder die von Betriebsschliessungen betroffenen Beschäftigten der Briefzentren Gossau und Kriens. Zudem müssen die Postangestellten in diesem Jahr knauserige Lohnerhöhungen hinnehmen. Das ist Profit auf Kosten der Lohnabhängigen und aus Eignersicht sozialpolitischer Unsinn.

Sektor 2 ICT

Die Lohnabschlüsse fallen je nach Unternehmen unterschiedlich aus. In der Netzinfrastrukturbranche sowie bei MS Direct konnten die Mindestlöhne angehoben werden. Zusätzlich zu den Lohnsummenerhöhungen wurden bei Sunrise, Swisscom und localsearch auch generelle Lohnerhöhungen ausgehandelt. Bei cablex konnte hingegen keine Einigung erzielt werden.

Sektor 3 Medien

Nach mehr als 20 Jahren vertragslosen Zustands soll bei der Branche Presse eine neue Vereinbarung endlich dringend benötigte Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen etablieren. Damit würde dem Wildwuchs und Dumping in der privaten Medienbranche ein Ende gesetzt. Einige kritische Punkte bleiben zwar bestehen. Jedoch haben die Nachverhandlungen zu den Kriterien für die Freischaffenden zu einem Merkblatt geführt, in dem der VSM präzisiert, dass sich das Honorar der Freien auch am Arbeitsaufwand und den übertragenen Urheberrechten orientieren soll. Die Branchenvereinbarung wäre ein Neuanfang und eine Grundlage, um die Arbeitsbedingungen der Fragilsten unter den Medienschaffenden zu verbessern und abzusichern. Das Ziel bleibt ein neuer GAV bis 2029.

Lohnverhandlungen Buchhandel Deutschschweiz:

Die zweite Verhandlungsrunde verlief konstruktiver, bleibt aber auf tiefem Niveau. Als Minimalkonsens konnte eine Erhöhung des Mindestlohns ab dem 4. Berufsjahr um 26 Franken pro Monat auf neu 4551 Franken x 13 vereinbart werden. Das entspricht einer jährlichen Erhöhung von 338 Franken.

Im Bereich Buchhandel fand in Lausanne ein erstes Treffen mit der neuen Verbandsleitung von Livresuisse statt. Dabei wurden die Termine für die Lohnverhandlungen 2026 festgelegt. Die Verhandlungen sind für April und Mai geplant, die neuen Löhne sollen ab dem 1. Juli in Kraft treten.

Politik allgemein

Viel diskutiert wird sie; die SVP-Chaos-Initiative. Der Name «Chaos», den die Initiative von den linken Parteien und den Gewerkschaften erhalten hat, ist Programm: Sobald in der Schweiz der Grenzwert von 9,5 Millionen Einwohnenden überschritten wird, würden wegen der Aufkündigung des Freizügigkeitsabkommen die bilateralen Verträge mit der EU wahrscheinlich aufgelöst. Das würde die Schweiz ins Chaos stürzen – wirtschaftlich und sozial.

Gerade in einer Welt mit Trump ist die Schweiz mehr denn je auf stabile Beziehungen zu Europa angewiesen. Die Initiative ist ein Angriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung: Export-KMUs gehen kaputt, weil sie den Zugang zum wichtigsten Absatzmarkt verlieren könnten. Arbeitsplätze gehen verloren. Weil es ohne Bilaterale keinen Lohnschutz mehr gibt, sinken die Löhne und damit auch die Renten.

Konkret gingen Jobs bei exportorientierten KMU verloren. Der Lohnschutz, das wichtigste Element der Gewerkschaften im Vertrag ginge verloren.

Fehlende Lohnkontrollen öffnen Tür und Tor für Lohndumping. Die Initiative kommt zu einem brandgefährlichen Zeitpunkt: In einer Welt, die von Unsicherheit und Kriegen geprägt ist, wäre es fahrlässig, die stabilste und wichtigste Partnerschaft der Schweiz zu zerstören.

Eine bestimmte Einwohnerzahl gehört auf keinen Fall nicht in die Verfassung. Kein Land auf dieser Erde hat das in der Verfassung. Die 10 Millionen Grenze könnte

auch ohne Einwanderer erreicht werden. Einfach weil die Leute länger leben. Was dann? Nochmals eine bestimmte Einwohnerzahl zu nennen gehört nicht in die Verfassung.

Hans Preisig

Am 27. März fand die Rentnertagung des Schweizer Gewerkschaftsbundes (SGB) statt.

Die Altersvorsorge beschäftigt den SGB schon seit Jahrzehnten. Anfang der 2000er Jahre hat er festgestellt, dass über Rentenversicherung, Rentenalter und Rentenerhöhung gesprochen werden muss! 2002 tauchten die ersten Ideen für eine 13. AHV auf. Dies, weil schon damals die 2. Säule, also die Pensionskasse, immer schlechtere Bedingungen für die Versicherten generierte.

Am 23. März, 2024, also vor über 2 Jahren, wurde ein grosser Sieg erreicht. An der Urne wurde die 13. AHV angenommen. Das 2. Signal dieser Abstimmung, ist genauso wichtig: Das Volk will keine Erhöhung des Rentenalters über 65 hinaus!

Folgende 3 Themen werden den SGB in Zukunft beschäftigen:

Finanzierung der 13. AHV. Anpassung der Finanzierung. Ist es korrekt, dass Ehepaare schlechter gestellt werden als Paare, die im Konkubinat zusammenleben? 2. Säule -- wie weiter?

Die Ehepaarrente ist auf 150% gedeckelt. Aber Beide haben während ihres Erwerbslebens je 100% Prämien bezahlt. Das ist ungerecht! Es braucht auch Lösungen für die 2. Säule. Wir zahlen unsere Prämien ein, haben aber keine Kontrollmöglichkeit. Der Teuerungsausgleich fehlt!

Das zweite Thema war die sogenannte Chaosinitiative der SVP.

Diese Initiative ist total daneben. Mitte 19. Jahrhundert war die Schweiz ein armes Land. Viele mussten ihre Heimat, die Schweiz verlassen. Zahlreiche Menschen wanderten aus Not in die USA aus. 1910 war z.B. der Ausländeranteil im Kanton BS gleich hoch, wie heute. Gut situierte Männer bestimmten damals, dass Ausländer eingebürgert werden sollen.

Die Initiative will, dass bei einer Bevölkerung von 9,5 Mio bis 2050 folgende einschneidenden Massnahmen ergriffen werden müssen: Familiennachzug muss eingeschränkt werden. Die Flüchtlingspolitik muss verschärft werden

Das hätte folgende schwerwiegende Folgen:

Die Schweiz bekommt Probleme mit den Bilateralen Verträgen mit der EU.

Ohne Bilaterale schrumpft unsere Wirtschaft. Die Arbeiter haben weniger Einkommen, dadurch sinken auch die Prämien die in die Sozialversicherungen einbezahlt werden. Das heisst, die Kassenstände der Sozialversicherungen, also auch der AHV werden sinken.

Die Teuerung wird steigen und der Lohnschutz ist in grosser Gefahr.

50% unserer Exporte gehen in die EU. Sie ist unser wichtigster Handelspartner. Wir können nicht alles konsumieren, was wir produzieren. Wir sind auf Exporte zwingend angewiesen.

Die EU ist heute wichtiger als noch vor 10 Jahren. Es stellt sich die Frage, ob wir unsere Nachbarn, die uns noch wohlgesinnt sind wirklich vor den Kopf stossen wollen.

Wir sind zwingend darauf angewiesen, dass Verträge und Abmachungen eingehalten werden. Wir sehen ja aktuell bei den USA, die Auswirkungen, wenn nur die Macht des Stärkeren zählt!

Der Ökonom Lampart, geht davon aus, dass als Folge bis 2060 etwa 8 Milliarden Franken in der AHV fehlen könnten.

Bei den Pensionskassen müsste mit einem Verlust von Fr. 800.- bis Fr. 2200.- pro Jahr gerechnet werden.

Die Höchstzahl der Bevölkerung gehört nicht in die Verfassung.

Zugegeben; Viele Probleme sind noch nicht gelöst. Wir wollen die Wohnungsnot, volle Züge, stehende Kolonnen auf der Autobahn nicht verschweigen. Die Ausländer sind aber nicht schuld. Die Wirtschaft (also die Bürgerlichen, auch aus der SVP) haben jahrelang verlangt, dass Arbeitnehmende flexibel sein sollen und halt zum Arbeitsplatz pendeln müssen.

Am 09. April fand die Vorstandssitzung der Pensionierten syndicom in Biel statt. Eine Anpassung des Reglements wird an der Pensionierten-Gruppenkonferenz verabschiedet.

Vertreter in der Rentenkommission des SGB sind neu Hanspeter Truniger und Giorgio Pardini. Ersatz: Franz Holzer.

Josette Praz, Hans Preisig und Bruno Weideli werden oder sind bereits aus dem Vorstand zurückgetreten. Neu im Vorstand: Danielle Rytz, Urs Schäuble und Hanspeter Truniger.

Eine Amtszeitbeschränkungen (max. 3 Legislaturen (12 Jahre)) in allen Organen von syndicom wird vom Vorstand abgelehnt.

Die Web-First-Strategie wird konsequent weiterverfolgt. Das Bulletin bleibt bestehen. Aktuelle Beiträge sollen auf der Website aufgeschaltet werden.

Hanspeter Truniger

Am 16. April fand die Pensionierten-Gruppen-Konferenz in Bern statt.

Das Reglement der Pensionierten syndicom wurde angepasst und einstimmig verabschiedet.

Neu in den Vorstand wurden Danielle Ritz, Hanspeter Truniger und Urs Schwaller gewählt.

Matteo Antonini, Präsident von syndicom, überbrachte eine Grussbotschaft mit u. a. folgendem Inhalt: Die Pensionierten sind eine sozialpolitische Bewegung. Wir müssen uns weiterhin für unsere Anliegen einsetzen. Es genügt nicht, dass pro Jahr nur eine Versammlung organisiert wird. Die Veranstaltungshinweise sollen auch online gehen und nicht nur im Bulletin und Newsletter versendet werden. Die Erwartung der Pensionierten-Gruppen ist die Verwirklichung eines Teuerungsausgleiches auf die Renten der Pensionskasse Post. Der Deckungsgrad ist zurzeit 115 % und bei Complan (Swisscom) 121 %. Diese Rentner erhalten 2026 einen Teuerungsausgleich.

Das Referat von Giorgio Pardini betraf auch den Teuerungsausgleich auf die Renten. An der sozialpolitischen Tagung vom 28. Januar 2026 wurde die politische Forderung - Umsetzung von Art. 36 BVG bekräftigt. Dieser Artikel ermöglicht einen Teuerungsausgleich auf BVG-Renten. Wie bei der AHV muss auch für die zweite Säule ein gesetzlich verankerter Mechanismus zum Teuerungsausgleich geschaffen werden. (Mischindex) Gleichbehandlung von AHV und BVG beim Kaufkraftverlust ist eine Frage der Gerechtigkeit. Weitere Forderung ist die Begrenzung von Wohn- und Gesundheitskosten sowie einfacher Zugang zu Ergänzungsleistungen für Berechtigte. Der Antrag an die Delegiertenversammlung syndicom im Juni 2026 beinhaltet, dass

die Stiftungsräte der Pensionskassen ihre Verantwortung wahrnehmen und die berufliche Vorsorge stärken.

Ein Antrag von der Arbeitsgruppe Pensionierte Zürich-Schaffhausen betrifft auch die Entschädigung der Sektions-Arbeitsgruppen Pensionierte durch die jeweiligen Sektionen. Auch die Resolution - Nein zur Chaos-Initiative der SVP - wurde einstimmig angenommen.

Paul Zurlinden